

A8NEU5 Verwaltung

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Das Verwalten gestalten – Politische Richtlinien für die Verwaltung

2
3 Eine moderne Verwaltung muss Dienstleisterin und Partnerin der Bürger*innen
4 sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet werden. Moderne
5 Verwaltung steht für Bürger*innennähe, kurze Wege, hohe Beratungsqualität,
6 Sensibilität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse.

7
8 Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten
9 der Digitalisierung an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit
10 begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll
11 besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger*innennäher werden. Der
12 digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen
13 beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleitungen des
14 Landkreises und der Kommunen aber auch weiterhin in vollem Umfang analog zur
15 Verfügung stehen.

16
17 Mit einer E-Government-Strategie für den Landkreis Hameln-Pyrmont wollen wir
18 dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen spätestens
19 Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste
20 Priorität eingeräumt.

21
22 Das Online-Zugangsgesetz (OZG) verpflichtet die öffentlichen Verwaltungen in
23 Bund, Land, Kreis, Städten und Gemeinden, ihre Dienste bis spätestens Ende 2022
24 digital zugänglich zu machen. Diese Vorgabe soll auch unser Landkreis umsetzen.
25 Das Ziel ist ein unkomplizierter, sicherer und barrierefreier Zugang zu allen
26 Verwaltungsleistungen.

27
28 Digitalisierung bedeutet jedoch weit mehr als die Umsetzung des OZG. Die
29 Coronapandemie hat gezeigt, dass die Wirtschaftssektoren, in denen Formen
30 digitaler Zusammenarbeit schon weit fortgeschritten sind, am wenigsten unter der
31 Krise leiden. Es geht darum, die digitale Infrastruktur über die öffentlichen
32 Verwaltungen hinaus auszubauen, um digitale Prozesse zu ermöglichen, zu stärken
33 und krisensicher zu machen.

34
35 Das betrifft viele Bereiche des Alltags: Wirtschaftsunternehmen ebenso wie das
36 Privatleben, kulturelle und mediale Angebote ebenso wie Bildung und Erziehung.
37 Digitalisierung ist nicht zuletzt eine Frage der gleichberechtigten Teilhabe am
38 öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

39
40 Die Digitalisierung, beispielsweise der Schulen, setzt Investitionen in die
41 Netzinfrastruktur, in Hardware, in das IT-Management und die Kompetenz zum
42 Umgang mit Informationstechnologie voraus. E-Learning funktioniert nur, wenn
43 alle Schüler*innen gleichermaßen Zugang zu Endgeräten und zum Internet haben,
44 wenn sie damit umgehen können und wenn auch die Lehrenden über ausreichend
45 Erfahrung und Kompetenz im Einsatz digitaler Medien verfügen.

46
47 Wir GRÜNE fordern:

- 48
49 • Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes für alle Verwaltungsdienstleistungen bis

50 2022

- 51 • Schließung der Lücken der Breitbandversorgung
- 52 • Bereitstellung freier WLAN-Zugangspunkte an den zentralen Punkten des
- 53 öffentlichen Lebens (Verwaltungen, Gemeinschaftshäuser, Umsteigebereiche des
- 54 ÖPNV) mit Fokus auf Sicherheit und Datenschutz. Insbesondere sollten dabei
- 55 nichtkommerzielle und unabhängige open-source-Angebote genutzt werden.
- 56 • Ausstattung aller Schüler*innen mit einem digitalen Endgerät in aktuellem
- 57 Standard. Familien mit geringem Einkommen sind dabei finanziell zu unterstützen.
- 58 • Wir treten dafür ein, die Mitarbeiter*innen konsequent für die Aufgaben einer
- 59 digitalen Verwaltung fortzubilden.
- 60 • Mit einer Hameln-Pyrmont-App wollen wir Informationen, regionale
- 61 Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von
- 62 Vereinen und Unternehmen zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, Termine
- 63 bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen zu buchen.

64
65 In der Verwaltung liegen viele Informationen vor, die für Bürger*innen,
66 Unternehmen und Verbände von großem praktischem Nutzen wären. Wir fordern, dass
67 diese Information aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt
68 werden.

69
70 Konkret sollten Kartendaten aus der Verwaltung, soweit irgend möglich zur
71 Verfügung gestellt werden. Dabei sollten z.B. geplante Sperrungen,
72 Bautätigkeiten, die Position von Straßenschildern und deren Veränderung
73 vollautomatisch aus dem intern genutzten Geo-informationssystem veröffentlicht
74 werden. Diese Transparenz an Information gilt z.B. auch für den genauen
75 Zuschnitt von Katastergebieten (Wohn-/Gewerbegebiete) Landschafts- und
76 Naturschutz und den dort geltenden Vorschriften sowie für die Ergebnisse von
77 Ausschreibungen zur Auftragsvergabe.

78
79 Viele dieser Informationen sind ohnehin verfügbar – man müsste „nur einmal in
80 der Verwaltung nachfragen“. Wir fordern aber, dass diese Pro-Aktiv der
81 Öffentlichkeit in maschinennutzbarer Form zur Verfügung gestellt werden.

82
83 Darüber hinaus wollen wir, dass sich langfristig die Herangehensweise der
84 Verwaltung an Transparenz ändert. Alle Informationen, zu deren Veröffentlichung
85 gesetzlicher Ermessensspielraum besteht, sollen nicht per Standard geheim
86 („verwaltungsintern“), sondern standardmäßig der Öffentlichkeit zugänglich sein.

87 Es ist rechtlich möglich, dass die Meldebehörde persönliche Daten der
88 Bürger*innen (Adresse, Geburtsdatum, usw.) an Interessent*innen gegen
89 Geldzahlung übermittelt. Wir fordern eine individuelle Informationspflicht, wenn
90 Daten an dritte Einzelpersonen übermittelt werden und eine jährliche
91 Berichterstattung der Verwaltung in einem öffentlichen Ausschuss, welche
92 Datenarten in welchem Umfang und zu welchem Zweck an welche Unternehmen
93 herausgegeben wurden.

94
95 Die Bürger*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer
96 Entscheidungen. Öffentliche Ratssitzungen müssen daher künftig ins Internet
97 gestreamt werden. Dies sollte so gestaltet werden, dass die gestreamten
98 Sitzungen geschützt und nicht kopiert werden können. Damit soll dem Umstand
99 Rechnung getragen werden, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen zumeist
100 rhetorisch ungeschult agieren und das Internet „nicht vergisst“.

101

102 Neben transparenten politischen Entscheidungsprozessen ist eine kreative, breite
103 Bürger*innen-Beteiligung weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus
104 wichtig. Mit der grünen Forderung nach einer breit besetzten Begleitkommission
105 zum Rückbau des AKW Grohnde, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat, haben
106 wir dazu schon einen wichtigen Beitrag geleistet. So soll es auch in anderen
107 Bereichen, z.B. mit der Einrichtung des Dialogforums Landwirtschaft unter
108 Beteiligung von Landwirt*innen, Politiker*innen und Verbraucher*innen und mit
109 Unterstützung der Verwaltung weitergehen. Für andere gesellschaftlich relevante
110 Themenbereiche sind Bürger*innen-Räte, die in einzelnen deutschen Kommunen
111 bereits erfolgreich eingesetzt worden sind, eine sinnvolle Ergänzung zu
112 politischen Beratungen.

113

114 Um die Effizienz der Kreisverwaltung zu steigern, sind wir bestrebt,
115 themenbezogene Benchmark-Prozesse mit anderen Städten ähnlicher Größe
116 anzustoßen. So sollen Stärken und Schwächen in zentralen Politikfeldern, wie zum
117 Beispiel der Umsetzung des Klimaschutzes, der Förderung des ÖPNV und des
118 Radverkehrs offengelegt werden. Aus dieser Analyse sollen in allen
119 organisatorischen Einheiten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz in diesen
120 Themenfeldern definiert werden.

121 Die Gleichberechtigung von Frauen muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität
122 haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb
123 mit Frauen besetzt werden. Durch eine professionelles Diversitätsmanagement soll
124 zudem sicher gestellt werden, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in
125 den Mitarbeiter*innen der Verwaltung widerspiegelt.

126

127 Die Kreisverwaltung sollte bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen:
128 Ein an Ressourcenschonung und kurzen Wegen orientiertes nachhaltiges
129 Beschaffungssystem leistet einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz
130 im öffentlichen Leben. Dafür sollen schrittweise alle Tätigkeitsbereiche der
131 Verwaltung einer kritischen Analyse unterzogen werden. Eine stärker regionale
132 Orientierung fördert dabei regionale Wertschöpfungsketten.

133

134 Der Landkreis Hameln-Pyrmont ist untere Wasserschutzbehörde. In der Kreispolitik
135 spielt die Qualität und Menge unseres Trinkwassers bislang eine eher
136 untergeordnete Rolle. Dies wird den kommunalen Eigengesellschaften und
137 Wasserversorgungsverbänden überlassen. Im Prinzip ist das auch richtig. Vor dem
138 Hintergrund zurückgehender Niederschläge und sich verstetigend regelmäßiger
139 Dürreperioden aufgrund des Klimawandels benötigt unser Trinkwasser aber eine
140 größere Aufmerksamkeit auch auf Landkreisebene.

141

142 Es stellt sich die Frage, ob wir über ausreichend Trinkwasserschutzgebiete
143 verfügen, um unsere Bevölkerung auch in Zukunft mit sauberem Trinkwasser
144 versorgen zu können, und ob die bestehenden Schutzgebiete ausreichend geachtet
145 werden. Um hier auch politisch Einblick zu gewinnen, wollen wir die untere
146 Wasserbehörde verpflichten, der Politik jährliche Trinkwasser-Berichte
147 vorzulegen, in denen sich die chemische Qualität des Trinkwassers, die zur
148 Verfügung stehenden Wassermengen, sowie die Entnahme- und Reproduktionsraten
149 abbilden. Dies fordern wir auch für die zurückliegenden 10 Jahre ein, um ein
150 Bild über die bisherige Entwicklung unserer Trinkwasserressourcen zu erhalten
151 und diese mit den aktuellen Daten vergleichen zu können.

152

153 Diese Forderung wird durch Angaben des Landesministeriums für Umwelt, Energie,
154 Bauen und Klimaschutz zur Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat (50mg/l)
155 beispielhaft für die Stadt Hameln untermauert. Das Trinkwasser für die Menschen
156 in Hameln speist sich aus vier Quellen. Drei dieser Quellen (damit der Großteil
157 des geförderten Trinkwassers) halten die Grenzwerte nicht mehr ein. Dieses
158 Wasser ist damit nur noch bedingt als Lebensmittel geeignet.

159

160 Eine dauerhafte Veränderung ist nur möglich, wenn die Entsorgung von Abfall aus
161 der agro-industriellen Massentierhaltung in den für das Grundwasser relevanten
162 Gebieten aufhört. Langfristig muss das Ziel sein, dass keine Quelle für
163 Trinkwasser in Hameln-Pyrmont mehr als ein Zehntel des gesetzlichen Grenzwertes
164 aufweist. Um dieses Ziel zu erreichen fordern wir eine Überarbeitung der
165 Wasserschutzverordnungen mit dem Ziel einer tatsächlichen Mengenbegrenzung des
166 ausgebrachten Nitrats.

167

168 Auch im Tierschutz verlangen wir einen stärkeren politischen Einblick in die
169 Aufsichtstätigkeit der Verwaltung. Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen
170 schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den
171 Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz
172 umzusetzen. Wir wollen mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den
173 Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige
174 Veterinäramt soll dem Kreistag jährlich einen öffentlichen Bericht über Verstöße
175 gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen. Gewerbliche
176 Tierhalter*innen sollen unangemeldet und mindestens einmal im Jahr auf die
177 Einhaltung von Hygiene- und Tierschutzregeln kontrolliert werden. Im Rahmen
178 unserer politischen Möglichkeiten werden wir uns dafür einsetzen, dass keine
179 weiteren Genehmigungen für Massentierhaltungs- und Großschlachtenanlagen mehr
180 erfolgen.